



NEUESTE NACHRICHTEN

Donnerstag, 11. Dezember 2025

Badische Presse

Ausgabe Karlsruhe

„Zu Wahlen bin ich bereit“

Rom/Kiew (dpa). Während der andauernden Arbeit an einem Friedensplan für sein Land hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj (Foto: Brian Lawless/PA Wire/dpa) überraschend über mögliche Wahlen in Kriegszeiten gesprochen. „Zu Wahlen bin ich bereit“, sagte er Journalisten, wie ukrainische Medien meldeten. Der Vorwurf, dass der Krieg mit Russland nicht ende, weil er sich ans Präsidentenamt klammere und die Macht nicht abgeben wolle, sei falsch. Zuvor hatte sich US-Präsident Donald Trump für Wahlen in dem kriegsgeplagten Land ausgesprochen, das sich seit fast vier Jahren einer russischen Invasion erwehrt.



W. Selenskyj

Er sei auch während des laufenden Krieges zu Wahlen innerhalb von 60 bis 90 Tagen bereit, sagte Selenskyj – aber nur, wenn die USA und Europa die Sicherheit des Landes gewährleisten, also Schutz vor künftigen Aggressionen Russlands garantieren. „Ich habe persönlich den Willen und die Bereitschaft dazu“, sagte der Staatschef. Neben der Sicherheitsfrage müsse auch die Rechtsgrundlage für Wahlen in Kriegszeiten geschaffen werden. Er bitte daher die Abgeordneten seiner Fraktion im Parlament darum, entsprechende Gesetzesänderungen vorzubereiten.

Das ukrainische Gesetz über das Kriegsrecht verbietet ausdrücklich das Abhalten von Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen, während das Land einem Angriff ausgesetzt ist. Ähnlich ist es in Deutschland und anderen Ländern geregelt, wo Wahlen ebenfalls erst nach Beendigung des Verteidigungsfalles zulässig sind. Das ukrainische Gesetz lässt sich zwar ändern, jedoch sieht die Verfassung Parlamentswahlen erst nach der Aufhebung des Kriegsrechts vor. ■ Kommentar, Seite 4

Mehr Einsätze wegen psychischer Krisen

Karlsruhe (ck). Immer häufiger rückt die Polizei in Karlsruhe und Umgebung zu Einsätzen aus, weil Menschen im psychischen Ausnahmezustand sich selbst oder andere gefährden. Die Zahl solcher Fälle hat sich seit 2015 mehr als verdoppelt. Für die Beamten sind diese Einsätze hochkomplex. Eine Tübinger Kriminologin sieht die Corona-Pandemie als Beschleuniger für psychische Krisen – und erklärt, warum viele öffentlich bekannt gewordene Einsätze auf Männer zurückgehen. ■ Lokales

WETTER

5° | 13°



SERVICE

service.bnn.de/kontakt
0721 78972

HIER FINDEN SIE UNS:

bnn.de
bnn.de/facebook
bnn.de/instagram



Einzelpreis: Montag – Freitag € 3,30 | Samstag € 3,50



Menschen in Uniform

Was Polizisten im Einsatz erleben, legen sie nicht einfach mit Helm und Schutzweste ab. Der neue Landespolizeiseelsorger Gerd Haug begleitet Polizisten in der Region um Karlsruhe. Manchmal fährt er mit ihnen sogar auf Streife. ■ Lokales

Foto: Ulf Deck/dpa

Die Zuversicht wächst

Baden-Württemberger sehen große Herausforderungen

Von Sebastian Raviol

Karlsruhe. Jeder dritte Mensch in Baden-Württemberg geht mit Zuversicht ins neue Jahr. Das geht aus dem neuen „BaWü-Check“ hervor. Damit ist die Zuversicht stark gewachsen, Anfang des Jahres hatte sich nur knapp ein Viertel der Menschen dahingehend positiv geäußert.

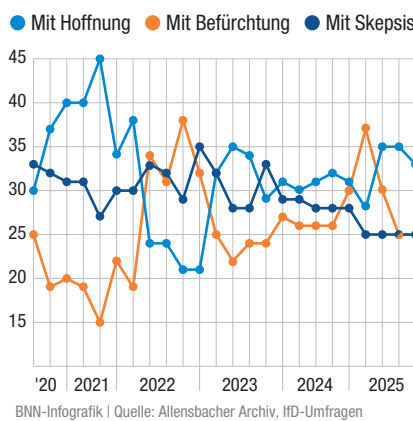


Die Umfrage bei 1.021 Personen ab 16 Jahren in Baden-Württemberg wird vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der BNN und mehrerer Tageszeitungen durchgeführt. In der 25. Auflage und der Abfrage Ende November standen vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes sowie die Bildungspolitik im Fokus.

Dieser repräsentative Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung offenbart aber nicht nur eine gewachsene Zuversicht. Deutlich wird auch, dass sich die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland immer stärker auf das Leben der Menschen auswirkt. Gerade in den vergangenen Monaten hat sich die Zahl derer, die sich um Arbeitsplätze Sorgen machen, stark erhöht.

Hoffnungsvoller Blick ins neue Jahr

„Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnung oder Befürchtungen entgegen?“ (in %)



Die Sorgen äußern sich laut „BaWü-Check“ in ganz unterschiedlicher Form. 16 Prozent der Befragten berichten von Familienangehörigen, die sich um ihren Job sorgen, jeder Zehnte bangt um seinen eigenen Arbeitsplatz.

Knapp die Hälfte der Befragten wäre bereit, sich fortzubilden oder umschulen zu lassen, um den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten. Auch längere Arbeitszeiten oder Kurzarbeit (je 37 Prozent) würden viele Menschen tendenziell in Kauf nehmen.

Der Verzicht auf Gehalt (neun Prozent) kommt für die Befragten dagegen eher nicht infrage.

Die konjunkturelle Lage wirkt sich dabei direkt auf das Kaufverhalten der Menschen aus. 64 Prozent der Befragten geben an, beim Einkaufen mehr auf den Preis zu achten, knapp die Hälfte von ihnen versucht, sich einzuschränken und sparsamer zu leben. 29 Prozent der Befragten äußern, größere Anschaffungen erst einmal verschoben zu haben.

So zeigt der „BaWü-Check“ auch, vor welchen Herausforderungen sich die Menschen sehen. Die Befragten gehen tendenziell eher davon aus, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich schlechter als besser geht. Das geben 28 Prozent an, von einem persönlichen Aufschwung gehen nur 22 Prozent aus. 34 Prozent rechnen damit, dass ihr Wohlstand in etwa gleichbleibt. Optimistisch ist vor allem die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen, hier geht knapp die Hälfte von einer Besserung in den kommenden fünf Jahren aus. Bei den über 60-Jährigen ist es dagegen nur jeder Zehnte.

Für die Zukunft in Baden-Württemberg spielt die schwächelnde Automobilbranche eine große Rolle. Das bedrückt viele der Befragten. Mit 68 Prozent wünscht sich die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Engagement der Landesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. ■ Südwestecho

Handy-Nutzung wird eingeschränkt

Stuttgart (dpa). Die Nutzung privater Handys an Schulen soll in Baden-Württemberg konsequenter reguliert werden. Künftig müssen sich alle Schulen im Südwesten verbindliche Regeln für den Umgang mit den Geräten geben. Der Landtag beschloss eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes. Bislang konnten sich die Schulen über ihre Hausordnung eigene Regeln geben, waren dazu aber nicht verpflichtet. Das ändert sich nun. Jede Schule muss künftig verbindlich regeln, wie, wann und ob mobile Endgeräte auf dem Schulgelände genutzt werden dürfen. Die Handynutzung soll reguliert werden, „um Störungen des Unterrichts und des Schulalltags zu verhindern“, heißt es im Gesetz.

Billionen-Investition ins Energienetzwerk

Brüssel (AFP). Die EU-Kommission hat ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Energienetzwerkes in Europa vorgestellt, in dem sie Investitionen in Höhe von 1,2 Billionen Euro in den kommenden 15 Jahren veranschlagt. Diese Investitionen in Strom- und andere Energienetze seien notwendig, um sicherzustellen, „dass unsere Netze zukunftsfähig sind und bis 2050 Klimaneutralität erreichen“, erklärte die Kommission am Mittwoch in Brüssel. Der Vorschlag sieht unter anderem den priorisierten Ausbau von acht „Energie-Autobahnen“ vor, um Nadelöhre im Energiesystem der EU zu beseitigen.

Mehrheit für Lebensmittelampel

Bei einer Umfrage fordern 61 Prozent, der Nutri-Score sollte verpflichtend werden

Berlin (AFP). Fünf Jahre nach der freiwilligen Einführung der Nährwertampel Nutri-Score in Deutschland spricht sich laut einer Umfrage die Mehrheit der Verbraucher (61 Prozent) für eine verpflichtende Kennzeichnung aus. Zugleich nutzt bisher nur eine Minderheit das Label häufig oder sehr häufig beim Einkauf, wie die Verbraucherorganisation Foodwatch am Mittwoch mitteilte. Dies sei wenig verwunderlich, da der Nutri-Score bislang nur auf wenigen Produkten im Supermarkt zu finden sei.

Dies mache einen Vergleich zwischen verschiedenen Produkten kaum möglich, kritisierte Foodwatch. Zwar kennen laut der Umfrage fast alle Verbraucher (91 Prozent) den Nutri-Score. „Doch solange nur vereinzelte Produkte im Supermarkt damit gelabelt sind, kann die Lebensmittelampel ihre positive Wirkung nicht entfalten“, erklärte Luise Molling von der Verbraucherorganisation. ■ Kommentar



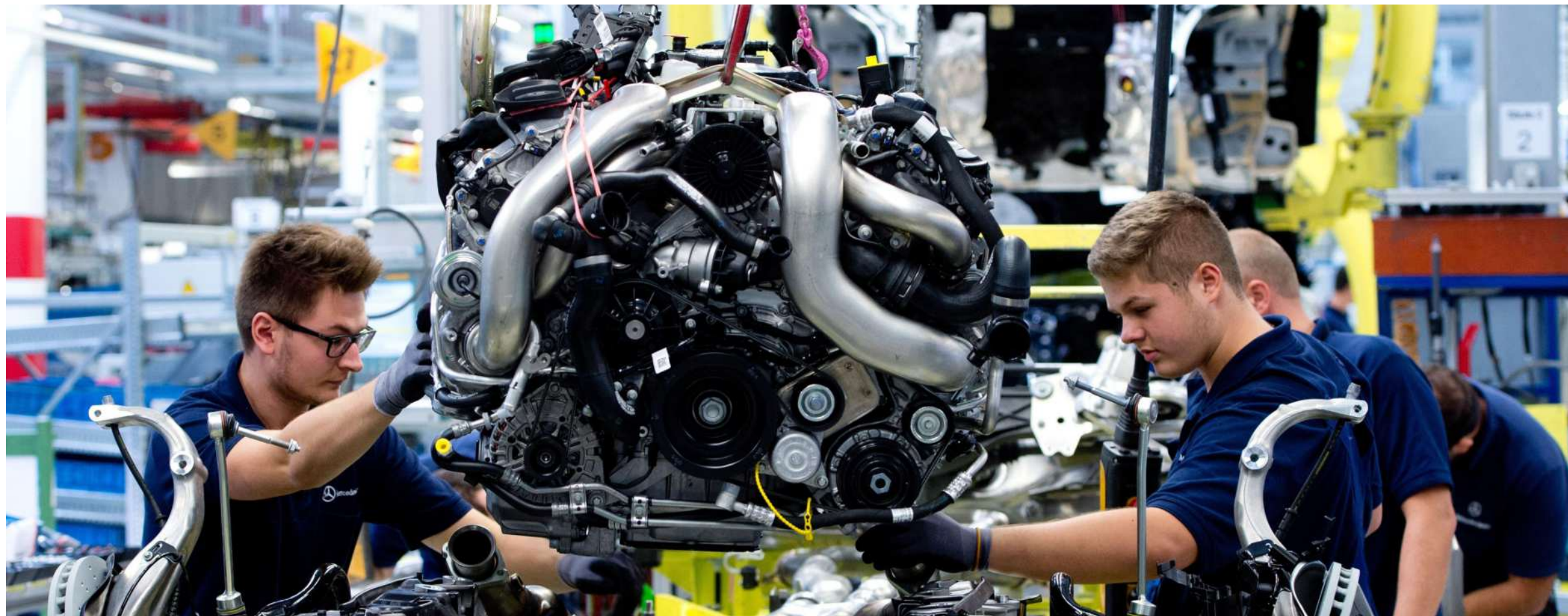
Die grün-gelb-rote Kennzeichnung als Hilfe zum Kauf gesünderer Produkte ist inzwischen vielen Supermarktkunden bekannt. Foto: Fernando Gutierrez-Juarez/dpa

Per Schrift zu mehr Anstand

Washington (dpa). Zurück zu alten Zeiten: Für offizielle Dokumente des US-Außenministeriums soll ab sofort laut einem Medienbericht wieder die Schriftart Times New Roman genutzt werden – und nicht mehr das Anfang 2023 eingeführte Calibri. Außenminister Marco Rubio hatte dies für seinen Amtssitz angeordnet, wie die „New York Times“ berichtet.

Jene „Rückkehr zu Tradition“ solle demnach „Anstand und Professionalität“ in den Schriftstücken des Ministeriums wiederherstellen, hieß es in der Handlungsaufforderung, die der Zeitung vorlag. Das serifenlose Calibri – also ohne Zierlinien am Ende der Buchstabenstriche – wirke im Vergleich zu Schriften wie Times New Roman „informell“ und stehe im Widerspruch zum offiziellen Briefkopf der Abteilung, so Rubio.

Baden-Württemberg-Check: Wirtschaftliche Entwicklung



Viele Menschen machen sich Sorgen – um den eigenen Arbeitsplatz und um den Automobilstandort Baden-Württemberg. Das geht aus der 25. Auflage des „BaWü-Checks“ hervor. Demnach wünscht sich die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Engagement der Landesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Foto: Sebastian Kahnert/dpa

Die schlechte Lage kommt im Alltag an

Zuversicht steigt grundsätzlich – aber die Bürger sorgen sich stärker um ihre Jobs und werden sparsamer

Zur Serie

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeslossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als



1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im aktuellen Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die wirtschaftliche Entwicklung.

Von Sebastian Raviol

Karlsruhe. Die Menschen in Baden-Württemberg blicken mit mehr Zuversicht ins neue Jahr. Das geht aus der 25. Auflage des „BaWü-Checks“ hervor. So sieht jeder Dritte dem kommenden Jahr mit Hoffnung entgegen. Anfang 2025 gab das nur knapp jeder Vierte an. Zudem blicken weniger Menschen als bislang mit ausgeprägten Befürchtungen auf die kommende Zeit. Der Anteil derer ging im gleichen Zeitraum von 37 auf 25 Prozent zurück.

Das sind deutlich bessere Werte als noch im Herbst 2022, als die Folgen des Ukraine-Krieges hierzulande auch durch eine Energiekrise spürbar wurden und die Folgen der Corona-Pandemie noch präsenter waren. Damals lag der Anteil der hoffnungsvollen Menschen nur bei 21 Prozent, der Anteil der Menschen mit ausgeprägten Befürchtungen bei 38 Prozent. Die nun für Dezember 2025 gemeldeten Werte liegen daran gemessen in einem guten Bereich.

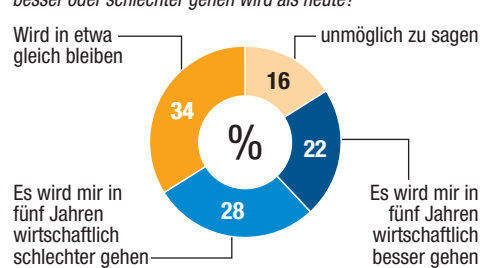
Beim „BaWü-Check“ werden 1.021 Personen ab 16 Jahren in Baden-Württemberg befragt. Die Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der BNN und mehrerer Tageszeitungen gibt einen tiefen Einblick in das Innenleben der Baden-Württemberger.

Die neuen Ergebnisse zeigen neben der gewachsenen Zuversicht aber auch ganz deutlich, dass sich die Menschen verstärkt Sorgen um die wirtschaftliche Lage und die negativen Folgen für ihr Leben machen. Besonders deutlich wird das bei vier Themen: Arbeitsplatzverlust, Konsum, Automobilwirtschaft, Landesregierung.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands macht den Menschen schon seit rund drei Jahren große Sorgen. Neu ist aber, dass sie dies verstärkt als belastend im persönlichen Leben empfinden. So sind laut „BaWü-Check“ einige Menschen direkt oder indirekt vom Thema Arbeitsplatzverlust betroffen. Bei 16 Prozent der Befragten gibt es Familienangehörige, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgen. Manche machen sich Sorgen um ihren eigenen Arbeitsplatz (zehn Prozent), andere berichten von Fa-

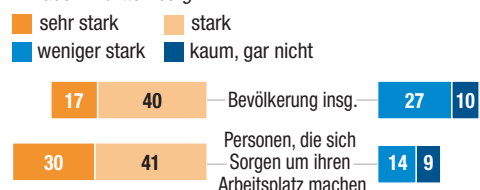
Wohstandseinbußen

„Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser oder schlechter gehen wird als heute?“



Große Besorgnis über die Automobilindustrie in Baden-Württemberg

„Die Automobilindustrie in Baden-Württemberg befindet sich ja derzeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wie sehr beunruhigt Sie die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg?“



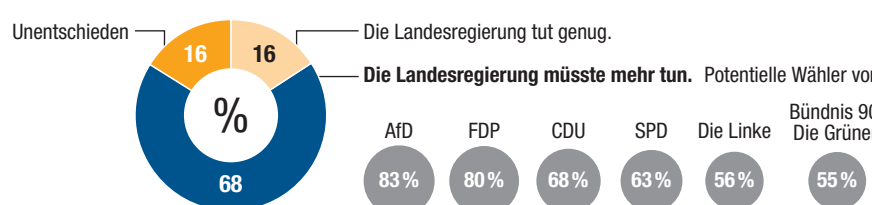
Bereitschaft, Einschränkungen für den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes hinzunehmen

„Einmal angenommen, Ihr Arbeitsplatz wäre in Gefahr: Was würden Sie in Kauf nehmen, um Ihren Arbeitsplatz zu erhalten? Wozu wären Sie bereit?“

	Berufstätige insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen –		
		niedrig	mittel	hoch
Mich fortbilden, mich umschulen lassen	48	40	51	51
Mehr arbeiten, längere Arbeitszeiten	37	30	39	43
Kurzarbeit machen	37	33	35	41
Auf Urlaubstage verzichten	23	20	21	26
Auf Gehalt verzichten	9	6	12	10
Nichts davon	15	20	12	13

Forderung nach mehr Engagement der Landesregierung

„Tut die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, um Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort zu stärken?“



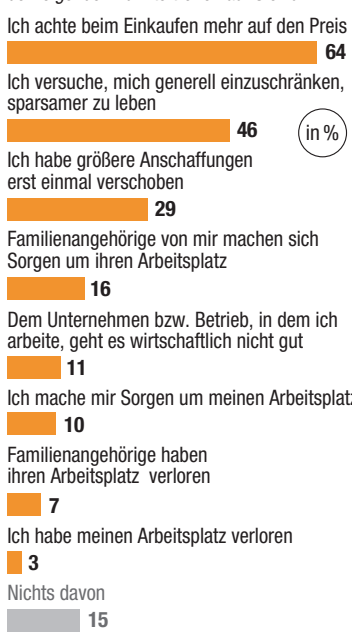
Die bildungspolitische Agenda der Bevölkerung

„Was halten Sie in der Bildungspolitik für besonders wichtig? Wofür sollte sich ein Bildungspolitiker vor allem einsetzen?“

	in %
Verpflichtende Deutschkurse für Schüler mit Sprachproblemen	60
Bessere Vorbereitung auf das Berufsleben	59
Sanierung maroder Schulgebäude	50
Bessere digitale Ausstattung von Schulen	48
Weniger Stundenausfall	47
Dass mehr Schüler sich für eine Ausbildung, Lehre entscheiden	42
Kleinere Klassen	41
Bessere Förderung von Schülern mit schlechten Noten	38
Bessere Integration von ausländischen Schülern	35
Förderung von gesellschaftlichem Engagement der Schüler	28
Bessere Inklusion von Schülern mit Behinderung	26
Stärkere Förderung von guten Schülern	20
Mehr Platz im Lehrplan für Fächer wie Kunst, Musik oder Sport	14
Dass mehr Schüler das Abitur machen	7

Auswirkungen

„Wie weit spüren Sie selbst die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage? Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?“



milienangehörigen, die ihren Job verloren haben (sieben Prozent) oder haben ihren eigenen Job verloren (drei Prozent).

Die Schlussfolgerungen der Befragten aus dieser Unsicherheit fallen jedoch recht unterschiedlich aus. So gibt es grundsätzlich eine hohe Bereitschaft, sich fortzubilden oder umschulen zu lassen (48 Prozent), um den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten. Ebenso würden längere Arbeitszeiten oder Kurzarbeit (je 37 Prozent) in Kauf genommen werden.

Diese Bereitschaft unterscheidet sich je nach Haushaltsnettoeinkommen stark. So zeigen sich Menschen mit hohem Einkommen offener für Fortbildungen, mehr Arbeit oder Kurzarbeit, um den Arbeitsplatz zu erhalten. Auch wären sie (zehn Prozent) eher noch zu Gehaltseinbußen bereit, als Menschen mit einem niedrigen Einkommen (sechs Prozent).

Die Konsequenzen der schlechten wirtschaftlichen Lage für den Alltag der Befragten zeichnen sich ganz deutlich ab. Aktuell befürchten 28 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation auf Sicht der kommenden fünf Jahre. Hier haben die Sorgen deutlich zugenommen, im Mai lag der Wert noch bei 16 Prozent.

Die Folgen dürften auch die Unternehmen zu spüren bekommen. So geben 64 Prozent der Befragten an, dass sie beim Einkaufen mehr auf den Preis achten. Knapp die Hälfte (46 Prozent) der Menschen versucht, sparsamer zu leben, knapp ein Drittel (29 Prozent) verschiebt größere Anschaffungen.

Unter der wirtschaftlichen Situation leiden viele Branchen. In Baden-Württemberg liegt ein starker Fokus auf der Automobilbranche. Hier zeigt sich die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung besorgt. 57 Prozent beunruhigt die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg stark oder sehr stark. Noch höher liegt der Anteil (71 Prozent) bei den Menschen, die sich um den eigenen Arbeitsplatz Sorgen machen. Grundsätzlich zeigen sich nur 37 Prozent angesichts der Automobilindustrie weniger oder gar nicht besorgt.

Fragt man die Menschen nach den Gründen für die schwierige Lage der Automobilindustrie, landet ein Faktor ganz oben. Jeder Zweite hält die zunehmende Konkurrenz durch ausländische Hersteller, vor allem aus China, für ausschlaggebend. Auch die Bürokratie in Deutschland, Fehlentscheidungen der Politik und die hohen Energiepreise machen die Befragten als ähnlich starke Gründe aus. Die Vorgaben der Europäischen Union, etwa das Verbrennerverbot, halten 42 Prozent der Befragten für einen wichtigen Faktor.

Mit Detroit gibt es auf US-amerikanischer Seite ein abschreckendes Beispiel. Die einstige Autostadt rauschte durch massive Krisen, abgewanderte Unternehmen und Arbeitsplatzverluste in die Pleite. Mittlerweile befindet sich Detroit wieder im Aufschwung, das mahnende Beispiel aber bleibt – auch für die Autostadt Stuttgart? Zumindest 45 Prozent der Befragten im „BaWü-Check“ halten

den wirtschaftlichen Niedergang Stuttgarts für möglich, wenn sich die Lage der Automobilindustrie nicht verbessert. Wichtig ist aber auch: Rund jeder Dritte hält dieses Szenario für zu pessimistisch.

Bei all den geäußerten Sorgen stellt sich die Frage: Unternimmt die Landesregierung denn genug, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken? Hier äußern sich die Befragten entschieden. 68 Prozent von ihnen verlangen von der Landesregierung mehr Engagement. Besonders ausgeprägt ist diese Forderung bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD (83 Prozent) und FDP (80 Prozent).

Im Fokus steht dabei auch die Arbeit von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU). Ihr bescheinigen 31 Prozent der Befragten eine gute Arbeit, drei Prozent sogar eine sehr gute Arbeit. Insgesamt 43 Prozent bewerten ihre Arbeit als weniger gut oder nicht gut. Besonders kritisch äußern sich erneut die potenziellen Wähler von AfD und FDP, während das Urteil der Anhänger der Regierungsparteien, Grüne und CDU, überwiegend positiv ausfällt.

60

Prozent der Befragten sehen Kinder in Baden-Württembergs Schulen weniger oder gar nicht gut auf das Berufsleben vorbereitet.

Um die Aussichten für die Zukunft zu verbessern, ist ein gutes Bildungssystem wichtig. Jedoch glauben viele Menschen, dass die Kinder in den Schulen Baden-Württembergs nicht gut auf das Berufsleben vorbereitet werden. 60 Prozent sind davon überzeugt, dass Kinder in den Schulen des Landes weniger oder gar nicht gut auf das zukünftige Berufsleben vorbereitet werden, lediglich 29 Prozent halten die Anstrengungen der Schulen in dieser Hinsicht für gut oder sehr gut.

Das Urteil von Eltern mit Kindern, die zur Schule gehen, fällt dagegen positiver aus: Von diesen haben 41 Prozent einen guten oder sehr guten Eindruck von den Bemühungen der Schulen. Aber auch bei diesen Befragten bleibt eine überwiegend negative Bilanz. Eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben steht oben auf der Agenda, die die Befragten für die Bildungspolitik erstellen. Dies wird von 59 Prozent gewünscht, wichtiger waren den Menschen nur verpflichtende Deutschkurse für Schüler mit Sprachproblemen (60 Prozent).

Zu den Forderungen an Bildungspolitiker zählt auch die Sanierung von maroden Schulgebäuden, das wünscht sich jeder Zweite. Auch eine bessere digitale Ausstattung (48 Prozent) und weniger Stundenausfall (47 Prozent) wären demnach für eine gute Bildungspolitik besonders wichtig. So gibt der „25. BaWü-Check“ nicht nur einen Einblick in das aktuelle Innenleben vieler Menschen in Baden-Württemberg, sondern auch in die Wünsche für die Zukunft.